



Fachbereich Soziales	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Wiese, Martin Datum: 17.07.2018	Beschlussvorlage	2018/206
	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich	

Beratungsgegenstand:

Anträge des Integrationsbeirats

Produkt/e:

351-715 Schulsozialarbeit u. Bildungs- u. Integrationsbüro

Beratungsfolge

Status	Datum	Gremium
Ö	22.08.2018	Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung, Personal und innere Angelegenheiten
N	10.09.2018	Kreisausschuss
Ö	24.09.2018	Kreistag

Anlage/n:

- drei Anträge des Integrationsbeirats

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag des Integrationsbeirats auf zusätzliche beratende Mandate in den Fachausschüssen wird nicht entsprochen.

Über den Antrag auf Zurverfügungstellung eines Budgets wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2019 entschieden.

Sachlage:

In der Sitzung des Integrationsbeirats vom 12. Juni 2018 sind verschiedene Anträge an den Rat der Hansestadt und den Kreistag des Landkreises Lüneburg verabschiedet worden. Das Recht, derartige Anträge zu stellen, ist dem Integrationsbeirat gemäß § 3 der Vereinbarung über die Bildung eines gemeinsamen Integrationsbeirats ausdrücklich zugebilligt worden. Dort heißt es: Der Integrationsbeirat leitet Anträge, Stellungnahmen und Empfehlungen an die Ausschüsse des Rats/Kreistags, dem Rat/Kreistag, dem Oberbürgermeister, dem Landrat oder andere Stellen weiter.

Der **Antrag auf Bereitstellung eines Integrationsportals im Internet** für die Hansestadt und den Landkreis Lüneburg wurde zurückgestellt. Der Integrationsbeirat will sich zunächst eine App vorstellen lassen, an der das Bündnis Hochschule ohne Grenzen arbeitet, um zu prüfen, ob sich diese App im Sinne eines Integrationsportals erweitern lässt oder dieses Integrationsportal ersetzen kann.

Der **Antrag auf Teilnahme von Migrantenvorteilern/innen des Integrationsbeirats an den Sitzungen der relevanten Ausschüsse** des Rats der Hansestadt Lüneburg und des Kreistags des Landkreises

Lüneburg als beratende Mitglieder wurde im Integrationsbeirat mit 13 Ja-Stimmen und 4 Gegenstimmen verabschiedet.

Insbesondere die Vertreter der Verwaltungen haben im Integrationsbeirat dargestellt, dass dann mit gleichem Recht auch andere gesellschaftliche Gruppen (Behinderte, Senioren, Studenten usw.) entsprechende Forderungen erheben könnten und es zu einer erheblichen Ausweitung der Ausschüsse kommen könnte. Es wurde in der Sitzung des Integrationsbeirats auf die Möglichkeit hingewiesen, öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse beiwohnen zu können und in der Bürgerfragestunde Fragen zu stellen. Es wurde auch auf das Recht des Integrationsbeirats hingewiesen, Anträge an Rat und Kreistag zu stellen.

Im Hinblick auf das beantragte **Budget** wurde im Integrationsbeirat einstimmig die Bereitstellung eines Budgets in Höhe von 5.000,00 € im Haushaltsjahr 2019 zur Durchführung eigener Maßnahmen bzw. zum Einsatz als Eigenmittel zur Co-Finanzierung im Rahmen geförderter Projekte beschlossen.

Die Mittel sollen allerdings nicht dem Integrationsbeirat zur freien Verwendung zur Verfügung gestellt werden, sondern er soll die Möglichkeit haben, zur Durchführung entsprechender Maßnahmen entsprechende Anträge bei Hansestadt und Landkreis Lüneburg zu stellen. Insbesondere die Vertreter von Verwaltung und Politik hatten im Rahmen der Sitzung darauf hingewiesen, dass eine „freihändige Vergabe“ von Mitteln durch den Integrationsbeirat nicht möglich sein kann. Auch andere Antragsteller haben zumindest die Grundzüge der Mittelverwendung darzustellen, wenn sie entsprechende Anträge bei Hansestadt oder Landkreis Lüneburg stellen.

Lucy Grimme

Mitglied des Integrationsbeirates von Hansestadt und Landkreis Lüneburg
und stellvertr. Vorsitzende des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR)

Lüneburg, den 29. Mai 2018

Sitzung des Integrationsbeirates am 12. Juni 2018,

Antrag auf Bereitstellung von 5.000 EUR für den IBR für das Haushaltsjahr 2019

Ich beantrage, dass dem Integrationsbeirat von Hansestadt und Landkreis Lüneburg für das Haushaltsjahr 2019 eigene Mittel in Höhe von 5.000 EUR zur Verfügung gestellt werden, die durch das Integrationsbüro verwaltet werden sollen.

Ich beantrage weiterhin, dass diese Mittel durch das Bildungs- und Integrationsbüro (BIB) des Landkreises Lüneburg verwaltet werden sollen.

Über die Verwendung dieser Mittel soll der Integrationsbeirat selbstständig entscheiden können.

Begründung:

Der für die Wahlperiode 2016 bis 2021 neu gebildete Integrationsbeirat aus Vertreterinnen und Vertretern der Politik und der Migranten hat zum einen einen erhöhten Fortbildungsbedarf für seine Mitglieder, der u. a. auch durch externe Referenten gedeckt werden soll. Zum anderen wird geplant auch externe Referenten zu aktuellen migrationspolitischen und -rechtlichen Themen einzuladen. Um hier flexibel, unabhängig und ggfls. auch kurzfristig handeln zu können bedarf es eines eigenen Budgets.

Sofern bei Veranstaltungen, für die externe Finanzierungen eingeworben werden können, Eigenleistungen erforderlich sein sollten, könnten diese auch aus diesem Budget bestritten werden.

Antrag auf Bereitstellung eines Integrationsportals im Internet für die Hansestadt und den Landkreis Lüneburg

In der Lüneburger Region gibt es zahlreiche haupt- und ehrenamtliche Initiativen und Angebote, um eine nachhaltige Integration von Migranten und Migrantinnen zu fördern. Einige Beispiele hierfür sind es: AWO Migrationsberatung, frühkindliche Förderangebote der Stadtteilläden, Kultur-Mittler, Open Lecture Hall an der Leuphana, Sprachkurse der VHS, Projekt TAF – Teilhabe am Arbeitsmarkt für Flüchtlinge, Mosaique - das Haus der Kulturen, Café International der katholischen Gemeinde St. Marien in LG, „One World Ostheide“ Projekt in Reinstorf.

Was derzeit fehlt, ist eine der Öffentlichkeit zugängliche und zielgruppengerechte Übersicht / Bündelung dieser Angebote und Initiativen, die derzeit über diverse Websites im Internet verteilt sind. Das Fehlen einer solchen Übersicht erschwert den Zugang zu diesen Maßnahmen und verringert ihre Effizienz.

Ein Integrationsportal im Internet würde:

- Eine effizientere Nutzung der vorhandenen Integrationsangebote durch zielgruppengerechte Aufbereitung ermöglichen, z.B. wohin soll ein Migrant hin, wenn eine Ausbildungsberatung benötigt wird oder Kinderbetreuung zwecks Teilnahme am Sprachkurs notwendig ist.
- Eine verbesserte Vernetzung der Beteiligten an der Integrationsarbeit fördern, um Synergien zu erzielen.
- Die Zusammenhänge in der Integrationsarbeit deutlich machen.
- Die Hansestadt und den Landkreis Lüneburg als vorbildlich bzgl. der integrationsrelevanten Kommunikation profilieren.

Beispiel:

Integrationsportal der Stadt Bottrop inkl. Integrations-Atlas

<https://www.bottrop.de/soziales/zuwanderung/atlas/index.php>

Die Mitglieder des Integrationsbeirates möchten sich gerne an der inhaltlichen Entwicklung des Integrationsportals beteiligen.

Antrag auf Teilnahme von Migranten-Vertretern des Integrationsbeirates an den Sitzungen der relevanten Ausschüsse des Rates der Hansestadt Lüneburg und des Kreistages des Landkreises Lüneburg / als beratende Mitglieder, ein Migrantenvertreter pro Ausschuss + ein Ersatzvertreter

Relevante Ausschüsse des Rates der Hansestadt Lüneburg:

Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung, Ausschuss für Gleichstellung, Schulgrundsatzausschuss, Ausschuss für Finanzen, Personal, Rechnungsprüfung und Verwaltungsreform, Ausschuss - Kultur- und Partnerschaftsausschuss, Jugendhilfeausschuss

Relevante Ausschüsse des Kreistages des Landkreises Lüneburg:

Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung, Personal und innere Angelegenheiten; Ausschuss für Hochbau und Energiesparmaßnahmen; Ausschuss für Partnerschaft und Kultur; Ausschuss für Soziales und Gesundheit; Schulausschuss für allgemein- und berufsbildende Schulen, Jugendhilfeausschuss

In den o.g. Ausschüssen werden Entscheidungen getroffen, die maßgeblich den Integrationsprozess von Migranten und Migrantinnen beeinflussen können, z.B. Bau von Sozialwohnungen für Großfamilien oder finanzielle Ausstattung von Bildungseinrichtungen. Um sicher zu stellen, dass die integrationsrelevanten Aspekte ausreichend berücksichtigt werden, halten wir es für notwendig, dass die Migrantenvertreter des Integrationsbeirates an den Ausschusssitzungen als beratende Mitglieder teilnehmen.

Nur so kann eine ausreichende Kommunikation zwischen dem Integrationsbeirat und den Entscheidungsgremien der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg gewährleistet werden / Information „aus erster Hand.“

Das Ziel ist es, eine aktive Beteiligung von Migranten und Migrantinnen an den integrationsrelevanten regionalpolitischen Entscheidungen zu ermöglichen. Es soll nicht nur über uns Migranten und Migrantinnen, sondern gemeinsam mit uns entschieden werden, wenn es darum geht, die kommunalen Integrationsprozesse richtig zum Wohle aller Bürger und Bürgerinnen auszugestalten.